

Volz, Joachim

Article

Italien: Nach Euro-Kraftakt steht reformpolitische Wende noch aus

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Volz, Joachim (2002) : Italien: Nach Euro-Kraftakt steht reformpolitische Wende noch aus, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 69, Iss. 41, pp. 671-677

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151173>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wochenbericht

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Italien: Nach Euro-Kraftakt steht reformpolitische Wende noch aus

Joachim Volz
jvolz@diw.de

Mit beeindruckenden finanzpolitischen Konsolidierungsbemühungen hat es Italien – trotz extrem hoher Defizite zu Beginn der 90er Jahre – geschafft, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen und von Beginn an Mitglied des Euroraums zu sein. Skeptiker weisen indes auf weiterhin bestehende finanzpolitische Probleme hin und heben hervor, dass Italien die Vorgaben des Konsolidierungsprogramms seit einiger Zeit nicht einhält. Zwar sollte nicht vergessen werden, dass einige Länder, die den italienischen Bemühungen um Teilnahme an der Europäischen Währungsunion zunächst sehr ablehnend gegenüberstanden – hierzu gehörte auch Deutschland –, wenige Jahre später in eine vergleichbar schlechte Haushalts-situation geraten sind. Doch dies enthebt Italien nicht der Aufgabe, sich den eigenen schwerwiegenden strukturellen Problemen zu stellen, die einer Reduzierung der hohen Staatsschuld im Wege stehen. Zu der reformpolitischen Wende, die von der im Frühjahr 2001 neu gewählten Regierung versprochen wurde, ist es bisher nicht gekommen.

Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund

Restriktive Geld-
und Fiskalpolitik

Die italienische Wirtschaft war in den 90er Jahren tief greifenden Anpassungsprozessen ausgesetzt. Mit der Wahl einer Mitte-Links-Regierung begann 1992 eine Periode des Umbruchs und umfassender fiskalpolitischer Reformen. Bei schlechter außenwirtschaftlicher Lage wurde die italienische Währung damals kräftig abgewertet, während die Geld- und die Finanzpolitik zunächst deutlich restriktiv ausgerichtet blieben, um den Preisanstieg zu begrenzen und gleichzeitig den öffentlichen Haushalt zu konsolidieren. Aufgrund dessen stiegen zwar die Exporte erheblich (Abbildung 1), und die Leistungsbilanz verbesserte sich, aber die Binnennachfrage blieb rückläufig. Erst bei spürbar gelockterter Geldpolitik (Abbildung 2) verstärkte sich 1994 der konjunkturelle Auftrieb.

Entscheidend dafür, dass der konjunkturelle Aufschwung zunächst anhalten konnte, war die im Vergleich zu den vorhergehenden Aufschwungphasen überraschend hohe Stabilität der Verbraucherpreise (Abbildung 3). Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten blieben zeitweise unverändert (Tabelle 1); hierzu hat vor allem die Abschaffung der „scala mobile“, der indexgebundenen automatischen Lohnsteigerungen, beigetragen. Um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, gestaltete man die Wirtschaftspolitik ab Mitte der 90er Jahre allerdings wieder so restriktiv, dass es 1997 – verstärkt durch die internationalen Wirtschafts- und Währungskrisen, insbesondere durch die Krisen in Asien – zu einer wirtschaftlichen Stagnation kam. Erst nach dem eindrucksvollen Abbau des Defizits und mit dem Aufschwung in Westeuropa insgesamt erholte sich 1998/99 die Wirtschaft deutlich. Zum ersten Mal seit Mitte der 90er Jahre sank die Arbeitslosenquote unter die 12%-Marke (Abbildung 4). Zwar waren die wirt-

Nr. 41 / 2002

69. Jahrgang / 10. Oktober 2002

Inhalt

Italien: Nach Euro-Kraftakt steht reformpolitische Wende noch aus
Seite 671

Unkorrigiert!

Sperrfrist:

Mittwoch, 9. Oktober 2002, 17 Uhr!

Für Agenturen:

Sendesperfrist

Mittwoch, 9. Oktober 2002, 8 Uhr,

mit Sendesperfristvermerk:

„Freigabe zur Veröffentlichung:

Mittwoch, 9. Oktober 2002, 17 Uhr“

A 22127 C

Abbildung 1

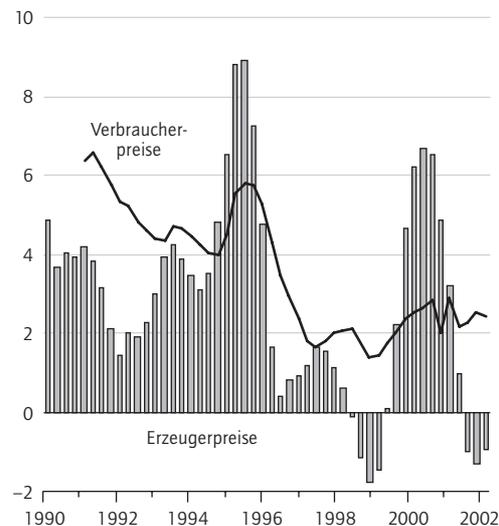
Warenexporte
In Mrd. Euro, saisonbereinigt



Quelle: OECD. **DIW Berlin 2002**

Abbildung 3

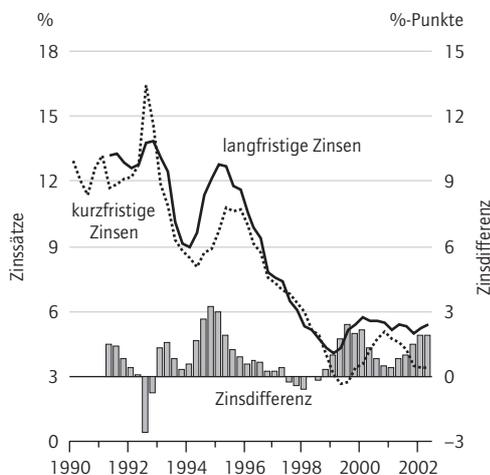
Erzeuger- und Verbraucherpreise (HVPI)
In % gegenüber dem Vorjahr



Quelle: OECD. **DIW Berlin 2002**

Abbildung 2

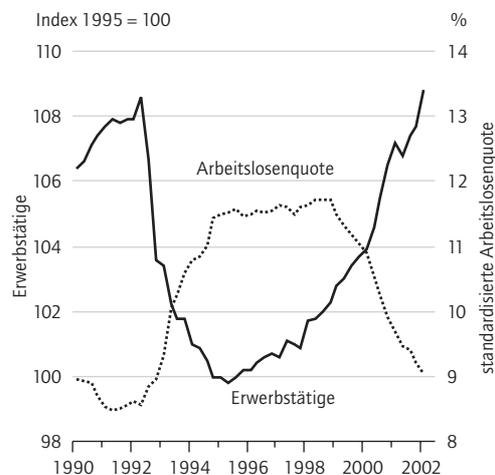
Kurz- und langfristige Zinsen



Quelle: OECD. **DIW Berlin 2002**

Abbildung 4

Erwerbstätige und Arbeitslosenquote



Quelle: OECD. **DIW Berlin 2002**

schaftlichen Daten auch im Jahre 2000 noch durchaus befriedigend, und die Arbeitslosigkeit sank weiter. Im Jahre 2001 hat sich die Lage jedoch rasch verschlechtert, und zum Jahresende ging das Bruttoinlandsprodukt sogar leicht zurück (Abbildung 5).

Erst im Laufe dieses Jahres hat sich die Konjunktur allmählich wieder gefangen. Dabei bleibt allerdings die Entwicklung der Binnennachfrage deutlich hinter der Expansion der Exporte zurück; insbesondere ist die schon seit langem schwache

Investitionsentwicklung rückläufig. Wegen dieser Schwäche hat die Regierung bereits im vergangenen Jahr ein Gesetz verabschiedet, das bis zum Ende 2002 eine Steuerbefreiung von 50 % der aus den Unternehmensgewinnen finanzierten Investitionen vorsieht, soweit diese über den durchschnittlichen Investitionen der letzten fünf Jahre liegen. Das Gesetz wird großzügig gehandhabt; so können beispielsweise auch Aus- und Weiterbildungsaufwendungen für die Belegschaft berücksichtigt werden. Allerdings sind sowohl erhebliche Mitnahmeeffekte als auch Vorzieheffekte zu erwarten,

Tabelle 1

Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,4	0,8	-0,9	2,2	2,9	1,1	2,0	1,8	1,6	2,9	1,8	0,4
Privater Verbrauch	2,1	2,9	1,9	-3,7	1,5	1,7	1,3	3,2	3,2	2,4	2,7	1,1	0,0
Öffentlicher Verbrauch	2,5	1,7	0,5	-0,2	-0,9	-2,2	1,0	0,2	0,2	1,3	1,7	2,2	1,9
Bruttoanlageinvestitionen	4,0	1,0	-1,4	-10,9	0,1	5,9	3,7	2,1	4,0	5,7	6,4	2,4	-2,8
Exporte	7,6	-1,4	7,4	9,0	9,8	12,6	0,6	6,4	3,4	0,3	11,7	0,8	-0,9
Importe	11,5	2,3	7,4	-10,9	8,1	9,7	-0,3	10,1	8,9	5,3	9,4	0,2	0,1
Verbraucherpreise (HVPI)		6,2	5,0	4,5	4,2	5,4	4,0	1,9	2,0	1,7	2,6	2,3	2,5
nachrichtlich: Euroraum		4,3	3,8	3,4	2,8	2,6	2,3	1,6	1,2	1,1	2,4	2,5	2,1
Lohnstückkosten (gesamtwirtschaftlich)	9,7	7,9	4,3	3,1	-0,1	1,0	5,2	2,7	-2,3	2,1	2,0	3,6	2,7
nachrichtlich: Euroraum	5,3	6,9	5,0	4,5	0,4	2,5	1,4	0,5	0,3	1,6	1,2	2,5	2,1

Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

denen ein Ausfall an Investitionen im nächsten Jahr folgen könnte. Die Hoffnung ist, dass die Erholung bis dahin an Dynamik gewonnen haben wird. Tatsächlich haben sich die wirtschaftlichen Vertrauensindikatoren deutlich verbessert.

Auffällig ist, dass trotz des bisher schwachen Wirtschaftswachstums die Arbeitslosenquote weiter zurückgegangen ist und die Beschäftigung kräftig zugenommen hat. Dies dürfte vor allem mit der steigenden Zahl von Teilzeitarbeitsplätzen zusammenhängen. Gefahren könnten von der Preisentwicklung drohen. Der Anstieg der Rohölpreise traf die stark importabhängige Wirtschaft Italiens besonders. Auch hob der Staat die administrativen Preise kräftig an. Infolgedessen liegt auch der Anstieg der Verbraucherpreise (HVPI) nach einer gewissen Konvergenz im Jahre 2001 wieder deutlich

über dem Anstieg in Frankreich und Deutschland und auch über dem Durchschnitt im Euroraum insgesamt.

Der Finanzpolitik geht der Atem aus

Mit einem großen Kraftakt hat Italien die Maastricht-Kriterien erfüllt. Zu Beginn der 90er Jahre hatte die Defizitquote der öffentlichen Haushalte bei knapp 12% gelegen (Abbildung 6). Dabei war die staatliche Verschuldung rasant – bis 1994 auf einen Höchststand von 124% des Bruttoinlandsprodukts – gestiegen. Dagegen gelang es Italien 1997 nicht nur, das Konvergenzkriterium für die Defizitquote mit 2,7% zu erfüllen,¹ sondern sogar besser als Frankreich und Spanien abzuschneiden.

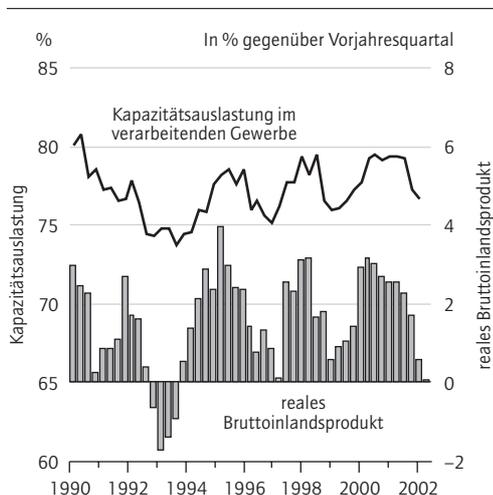
Lange war Italien die Reformfähigkeit des öffentlichen Sektors nicht zugetraut worden. Nun erwies sich die Mitte-Links-Regierung als überraschend durchsetzungsfähig. Die Maßnahmen betrafen sowohl die Einnahmenseite als auch die Ausgaben-seite: Einstellungsstopp im zentralstaatlichen Bereich, Konzipierung einer an der Leistung ausgerichteten Besoldung, Aufbau eines modernen Kontrollwesens, Neugestaltung des Steuer- und Abgabensystems besonders in Richtung auf ein höheres Gewicht der schwerer zu hinterziehenden indirekten Steuern, Reduzierung der Ausgaben und damit auch der Beiträge für die Alters- und Gesundheitssicherung, die schon immer weit über dem europäischen Durchschnitt lagen, und die Abschaffung der Lohnindexierung.

So wurde bei steigender Einnahmen- und sinkender Ausgabenquote (Tabelle 2) sogar der so genann-

¹ Allerdings trugen hierzu auch umstrittene steuerliche Maßnahmen bei. So wurde eine zeitlich begrenzte Euro-Steuer auf das Einkommen erhoben, die zwei Jahre später zu 60% zurückgezahlt wurde und den Haushalt erneut belastete.

Abbildung 5

Reales Bruttoinlandsprodukt und Kapazitätsauslastung



Quelle: OECD.

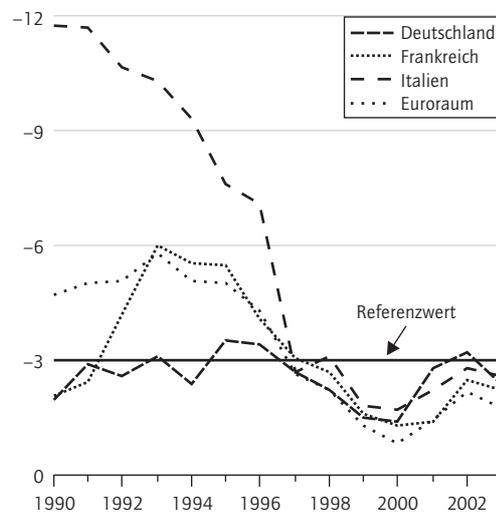
DIW Berlin 2002

Einschneidende Reformen

Abbildung 6

Finanzierungssaldo des Staates

In % des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: Europäische Kommission; 2002 und 2003: Schätzung und Prognose des DIW Berlin. **DIW Berlin 2002**

te Primärsaldo merklich positiv (Abbildung 7): Ohne die Zinslast auf die aus der Vergangenheit stammende Staatsschuld hätte Italien bereits seit Mitte der 90er Jahre Haushaltsüberschüsse.

In den Folgejahren ist die von italienischer Seite mehrfach revidierte und in ihrer Berechnung teilweise umstrittene Defizitquote weiter gesunken. Sie erreichte im Jahre 2000 mit 0,6 % ihren bisher niedrigsten Stand. Da der Schuldenstand in Prozent des Bruttoinlandsprodukts noch sehr hoch ist – er dürfte in diesem Jahr wieder bei 110 % liegen (Tabelle 3) –, wurde auch im aktualisierten Konsolidierungsprogramm für das Jahr 2002 ein weiterer Defizitabbau auf 0,5 %, im Programm für 2003 sogar ein Budgetausgleich vorgesehen.

Eine derartige Entwicklung der öffentlichen Haushalte scheint inzwischen aber ausgeschlossen. Denn die schwächere und später als erwartet eingetretene konjunkturelle Erholung führt zu geringeren Einnahmen und höheren Ausgaben als geplant, wobei im Jahre 2001 schon die Einnahmen stärker als die Ausgaben zurückgingen (Tabelle 2). Eine neuerliche Steuer- und Abgabenerhöhung und/oder Kürzung der Ausgaben würde gegenwärtig mit Sicherheit kontraproduktiv wirken und die Regierung politisch in Bedrängnis bringen. Es ist nicht zuletzt die jahrelange Verschärfung des fiskalpolitischen Drucks gewesen, die im Frühjahr 2001 zum Regierungswechsel führte. Die jetzige Regierung hatte im Wahlkampf vor allem damit geworben, steuerliche Entlastungen vorzunehmen. Zur Erleichterung der Finan-

Tabelle 2

Eckdaten der öffentlichen Haushalte

In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Laufende Einnahmen	41,2	42,3	42,6	45,2	43,4	43,5	44,2	45,8	44,5	44,9	44,2	44,3
Steuern	24,8	25,4	25,9	28,0	26,7	26,8	27,1	28,5	29,7	30,1	29,7	29,6
direkte Steuern	14,2	14,3	14,6	16,0	14,9	14,7	15,3	16,0	14,4	15,0	14,6	15,1
indirekte Steuern	10,7	11,1	11,3	12,0	11,8	12,1	11,8	12,4	15,3	15,1	15,0	14,5
Sozialbeiträge	14,4	14,8	15,1	15,3	15,0	14,8	15,0	15,3	12,8	12,7	12,7	12,7
Vermögenswirksame Einnahmen	-0,7	-0,1	1,9	0,5	0,2	-0,4	0,1	0,9	0,5	0,2	1,6	0,3
Einnahmen insgesamt	40,4	42,1	44,4	45,7	43,6	43,1	44,2	46,8	45,0	45,1	45,8	44,6
Laufende Ausgaben	48,9	50,6	52,1	53,3	50,6	48,5	49,1	47,2	45,7	44,5	43,9	43,8
Löhne und Gehälter	12,6	12,6	12,4	12,3	11,9	11,2	11,5	11,6	10,7	10,6	10,5	10,6
Staatsverbrauch	20,2	20,3	20,1	19,9	19,1	17,9	18,1	18,2	17,9	18,0	18,2	18,4
Zinsausgaben	10,5	11,9	12,6	13,0	11,4	11,5	11,5	9,4	8,3	6,8	6,5	6,4
Sozialleistungen	15,5	15,6	16,5	17,0	17,3	16,7	16,9	17,3	17,0	17,1	16,8	16,7
Sonstige	2,8	2,9	2,8	3,3	2,8	2,4	2,7	2,4	2,5	2,5	2,5	2,4
Investitionen	3,3	3,2	3,0	2,6	2,3	2,1	2,2	2,2	2,4	2,4	2,4	2,2
Ausgaben insgesamt	52,2	53,9	55,1	56,0	52,9	50,7	51,3	49,5	48,1	46,9	46,3	46,1
Ersparnis	-7,8	-8,4	-9,5	-8,2	-7,2	-5,0	-4,9	-1,4	-1,2	0,4	0,3	0,4
Ersparnis abzüglich Zinsausgaben	2,8	3,5	3,1	4,9	4,2	6,5	6,6	8,0	7,1	7,2	6,8	6,8
Finanzierungssaldo	-11,8	-11,7	-10,7	-10,3	-9,3	-7,6	-7,1	-2,7	-3,1	-1,8	-0,6	-2,2
<i>Nachrichtlich:</i>												
Staatliche Investitionen in % der Investitionen insgesamt	15,4	15,2	14,4	14,2	12,4	11,6	12,1	12,1	12,8	12,7	12,0	11,1
Staatlich Beschäftigte in % der Beschäftigten insgesamt	16,8	16,9	17,0	17,4	17,6	17,6	17,4	17,1	16,8	16,6	16,2	15,9

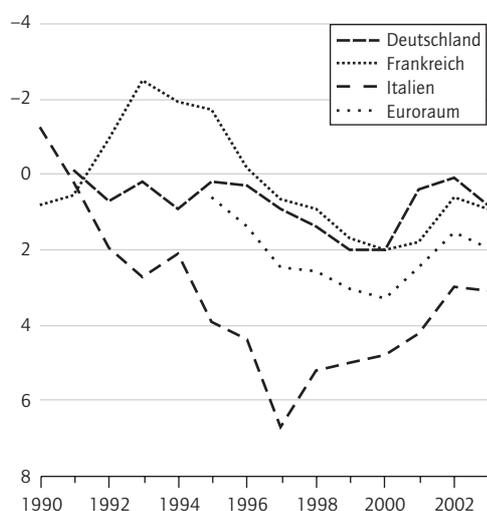
Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Abbildung 7

Finanzierungssaldo des Staates ohne Zinszahlungen (Primärsaldo)

In % des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: Europäische Kommission; 2002 und 2003: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

zierung sollte eine Steueramnestie für Anleger von Kapital im Ausland, die erhebliche Einkünfte nicht ordnungsgemäß versteuerten, erlassen werden. Tatsächlich flossen bis Mai 2002, als die Amnestie auslief, 56 Mrd. Euro zurück, auf die eine Abgabe von 2,5 % zu entrichten war.² Ein großer Teil dieser Gelder ging offenbar in den Immobiliensektor und regte damit auch die Baukonjunktur an. Gegenwärtig wird diskutiert, die Steueramnestie, die in der ersten Runde nur natürliche Personen betraf, auf juristische Personen zu erweitern. Die Abgabe auf die Rückführung von Geldern soll dabei mindestens 4 % betragen.

Die zunächst geplanten breit angelegten Steuer-senkungen sind von der Regierung vorerst zurückgestellt worden. Aber auch so fielen die öffentlichen Defizite höher aus als erwartet. Zum einen hatte das Europäische Statistische Amt im Sommer dieses Jahres entschieden, einmalige Erlöse aus dem Verkauf von Immobilien und die Verbriefung künftiger Einnahmen der staatlichen Glücksspielgesellschaften nicht bei der Berechnung der öffentlichen Defizite nach den Maastricht-Kriterien anzuerkennen. Für das Jahr 2001 muss daher die Neuverschuldung Italiens ex post von 1,6 % auf 2,2 % heraufkorrigiert werden. Damit wurde zum anderen aber auch die Zusage Italiens, das Defizit in diesem Jahr auf 0,5 % zu drücken und im nächsten Jahr – zum ersten Mal seit 40 Jahren – ein annähernd ausgeglichenes Budget vorzulegen, hinfällig. Dies gilt umso mehr, als im Sommer dieses Jahres zur Förderung des Pkw-Absatzes auch die Kfz-

Tabelle 3

Bruttoschuldenstand¹

In % des Bruttoinlandsprodukts

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Deutschland	61,0	60,9	61,2	60,2	61,8	63,7
Frankreich	59,3	59,5	58,5	57,4	57,2	58,0
Italien	120,2	116,4	114,5	110,6	109,8	110,5
Euroraum	75,3	73,7	72,6	70,2	69,8	70,4

¹ Gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht.

Quellen: EZB; Eurostat; Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Steuer für ein Jahr von 350 Euro auf 50 Euro herabgesetzt wurde und für die Rettung der Fluggesellschaft Alitalia erhebliche Summen aufgewendet werden mussten. Zudem ist auch als Folge zunehmender Streikbereitschaft die Lohnerhöhung für Staatsangestellte mit 5,6 % für die Jahre 2002 und 2003 insgesamt relativ großzügig ausgefallen.

Für die nächsten Jahre hat die Regierung den Sozialpartnern bestimmte Steuersenkungen sowie die Steigerung einer Reihe von Sozialleistungen zugesagt und hierdurch die Zustimmung zu einem neuen „Pakt“ erreicht, der mit dem deutschen Bündnis für Arbeit verglichen werden kann. Für die untersten Einkommensschichten gibt es Steuererleichterungen über 5,5 Mrd. Euro, und die Unternehmen werden durch eine Senkung der Körperschaftsteuer von 36 % auf 34 % sowie durch eine Abschaffung der regionalen Unternehmenssteuer IRAP entlastet, die erst vor wenigen Jahren im Hinblick auf eine eigentlich angestrebte fiskalische Dezentralisierung eingeführt worden war. Im Gegenzug haben die Gewerkschaften einer Lockerung des Kündigungsschutzes für kleinere Unternehmen zugestimmt (Kasten). Damit soll die Beschäftigung auch bei sonst unveränderten Wachstumsbedingungen erhöht werden.

Pakt zwischen Regierung und Sozialpartnern

Wirtschaftspolitische Zielkonflikte noch nicht gelöst

Die Regierung hat im Sommer dieses Jahres die Zielmarke für die Defizitquote im Rahmen des Konsolidierungsprogramms bereits heraufgesetzt: für 2003 auf 0,8 % und für 2004 auf zuletzt sogar 0,5 %. Aber auch diese Werte können nur erreicht werden, wenn schon in diesem Jahr weitere Maßnahmen ergriffen würden. Die Regierung hat Anfang September zunächst eine Haushaltssperre verkündet und eine Reihe kleinerer Steuerprivilegien bei den Unternehmen gestrichen.

² Das ist aber nur etwa ein Zehntel des von der italienischen Zentralbank geschätzten gesamten Fluchtgeldes im Ausland.

Kasten

Reformperspektiven: Der große Wurf bleibt aus

Alterssicherungs- und Gesundheitsfürsorgesysteme

Zu den Versprechungen, die von der neuen Regierung vor den Wahlen gemacht wurden, zählt – nach unzureichenden Maßnahmen in den Jahren 1993 bis 1995 – auch eine neuerliche Reform der Alterssicherungssysteme. Nach Berechnungen der Brambilla-Kommission¹ würde die Beitragslast der staatlichen Altersversorgung ohne Reform vor allem aus demographischen Gründen von heute 32,7 % auf 47 % im Jahre 2010 steigen und danach um jährlich jeweils 4 % wachsen. Mit einem Anteil von etwa 14 % am Bruttoinlandsprodukt liegt sie bereits heute deutlich über dem EU-Durchschnitt von 9 %.

Wichtigste Anforderungen an eine Reform sind:

- Heraufsetzung des faktischen Rentenalters, das heute im Durchschnitt bei 59 Jahren liegt;
- Abschaffung der besonders defizitären Berufsaltersrente, die nach 35 Jahren Berufstätigkeit eine Pensionierung ermöglicht;
- eine Stärkung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge;
- Rückstellungen für die beim Ausscheiden der Arbeitnehmer zu zahlenden Abfindungen (ein Monatsgehalt pro Arbeitsjahr), die bisher ein billiges Betriebskapital für die Unternehmen bildeten, sollen aufgelöst und zu 70 % oder mehr in gut zu verzinsende Spezialfonds überführt werden. Dies bedeutet allerdings, dass sich die kleinen und mittleren Unternehmen nunmehr stärker – und teurer – am Kapitalmarkt finanzieren müssen.

Kaum Reformansätze gibt es beim Gesundheitswesen mit seinen ausufernden Defiziten. Seit langem wird hier eine Steigerung der Effizienz und damit des Wettbewerbs gefordert. Dazu gehören auch eine Erhöhung der Transparenz bei den Kosten und der Abrechnung sowie eine – angesichts zahlreicher Betrugsfälle – verstärkte Kontrolle.

Privatisierung und Industriepolitik

Um die marktwirtschaftlichen Kräfte und die Wettbewerbsfähigkeit Italiens zu stärken, will die Regierung unter anderem erhebliche Teile der öffentlichen Unternehmen privatisieren. Noch 21 große Konzerne sind im Staatsbesitz. Einige von ihnen leiden unter hohen Verlusten. Bei bisherigen Privatisierungen hat der Staat dennoch die Kontrolle selten wirklich aus der Hand gegeben. Auf der aktuellen Privatisierungsliste stehen große Reedereien, Werften, der Mineralölkonzern ENI, der Energiekonzern ENEL, die Telecom Italia, die Fluggesellschaft Alitalia, Post und Bahn sowie die Tabakregie.

Arbeitsmarktpolitik

Die Regierung hat versucht, im Rahmen einer konzertierten Aktion Arbeitsmarktreformen voranzutreiben. Vor allem der rigide Kündigungsschutz sollte gelockert werden. Bisher gibt es allerdings nur erste Ansätze. Kündigungen sind jetzt möglich, wenn der Personalbestand infolge von Neueinstellungen die Zahl von 15 Arbeitnehmern überschreitet. Selbst gegen diese Regelungen hatten sich die Gewerkschaften zunächst gewehrt. So wurde die Dauer des Bezugs von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung auf zwölf Monate verdoppelt; damit verbunden ist eine Ausbildungs- und Umschulungspflicht.

Aus Sicht der italienischen Regierung wird eine Erschwerung der Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führen. Die Aufenthaltserlaubnis bei Vorliegen eines Arbeitsvertrages wurde auf zwei Jahre halbiert. Es ist zu befürchten, dass hierdurch in Wirklichkeit der Mangel an Arbeitskräften in vielen Bereichen erhöht, der Arbeitsmarkt aber nicht entlastet wird.

¹ Benannt nach dem Staatssekretär Brambilla als Vorsitzendem der Kommission.

Insgesamt stellen sich die Probleme Italiens bei dem Versuch, den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes³ gerecht zu werden, kaum schwerwiegender dar als in den anderen beiden großen Volkswirtschaften des Euroraums. Schon lange weist der Primärsaldo einen hohen Überschuss auf. Hierzu hat freilich lange auch die mit der Einführung des Euro einhergehende Zinssenkungstendenz beigetragen. Inzwischen konnte Italien einen großen Teil älterer, hochverzinslicher Titel in niedrigverzinsliche Papiere umschichten und den Anteil der Zinsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen Jahren stark verringern (Tabelle 2). Der Kurs der Europäischen Zentralbank hat daher gerade für Italien nicht nur große konjunkturpolitische, sondern auch direkte Bedeutung für die Konsolidierung des Staatshaushalts und den Abbau des Schuldenstandes, der in Italien noch immer viel höher ist als in den meisten Euroländern.

Das Erfordernis, die hohe Staatsverschuldung weiter zu reduzieren, beeinträchtigt mittel- bis längerfristig die Bemühungen, auf einen höheren Wachstumspfad zu gelangen. Zwar hat sich die Arbeitsmarktlage trotz schlechter Konjunktur insgesamt leicht verbessert; die Arbeitslosenquote ist aber weiterhin hoch und die Erwerbsquote in Italien im europäischen Vergleich niedrig, auch wenn man einen immer noch hohen Grad an Schwarzarbeit unterstellt. Zudem ist die Wirtschaft bisher noch tendenziell inflationsanfälliger als in den anderen großen Volkswirtschaften. Hierzu tragen verschiedene Faktoren bei. Immer wieder wird – gerade in Zeiten zunehmender Budgetprobleme – Zuflucht

zu administrierten Preiserhöhungen gesucht. Auch sind die Lohnsteigerungen im öffentlichen Sektor relativ hoch. Dies setzt stabilitätspolitisch bedenkliche Signale für die übrige Wirtschaft. Der immer noch starre Kündigungsschutz führt in Zeiten konjunktureller Abschwächung rasch zu einem Preisschub via Lohnstückkostenanstieg. Im laufenden Jahr liegt auch der Anstieg der Verbraucherpreise wieder deutlich über dem im Euroraum insgesamt.

Im Hinblick auf eine Effizienzsteigerung der Wirtschaft und eine langfristige Sanierung der öffentlichen Haushalte sind durchgreifende Maßnahmen notwendig. So ist es – wie allerdings auch in vielen anderen Ländern – immer noch nicht gelungen, die rasch steigenden Sozialausgaben von Grund auf in den Griff zu bekommen. Allein die Rentenbeiträge belaufen sich derzeit auf 32,7%. Aber nicht nur bei den sozialen Sicherungssystemen, sondern auch bei den öffentlichen Unternehmen wie auch bei den Arbeitsmarktstrukturen wäre eine rasche Inangriffnahme von Reformen erforderlich. Die Berlusconi-Regierung hat bisher nicht den Eindruck vermittelt, dass sie zu einer effizienten Umsetzung der versprochenen Reformen befähigt wäre (zum Stand der Reformen siehe Kasten). Erschwerend kommt hinzu, dass sich seit dem Antritt der Regierung die weltwirtschaftliche Situation – und insbesondere auch die Lage in Europa – deutlich verschlechtert hat.

Nachhaltige Reformen stehen noch aus

³ Vgl. hierzu auch: Finanzpolitik im Euroraum – Im Spannungsfeld von Konsolidierung und Konjunktur. Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 27/2002.



Weitere Publikation zur Entwicklung der Rohölpreise

Zeitschrift für Energiewirtschaft

Heft 2/2002

Manfred Horn

Langfristige Entwicklung der Rohölpreise bei Gewinnmaximierung durch die OPEC

Im März 2000 beschloss die OPEC, die Rohölpreise künftig in einem Korridor von 22 bis 28 US-Dollar je Barrel zu stabilisieren. Diese Zielvorstellung der OPEC beinhaltet einen erheblichen Aufschlag auf den Wettbewerbspreis. Um einen solchen Aufschlag auf Dauer durchsetzen zu können, muss die OPEC über eine ausreichende Marktmacht verfügen. Hier wird mit Hilfe eines eigenen Ölmarktmodells untersucht, wie sich die Rohölpreise entwickeln können, wenn die OPEC als Teilmonopolist auch künftig zu strategischem Verhalten fähig ist und die Höhe ihrer Ölgewinnung an dem Ziel ausrichtet, möglichst große Überschüsse aus ihren Exporten zu erreichen.

Die künftige Ölpreisentwicklung hängt unter dieser Voraussetzung entscheidend von den Annahmen zur Verfügbarkeit von Ölressourcen außerhalb der OPEC und von der davon abgeleiteten Preiselastizität des Ölangebots ab. Reichen die Ölressourcen außerhalb der OPEC aus, um dort die Ölgewinnung bis zum Jahr 2020 noch kräftig zu steigern, dann sind bis zu diesem Zeitpunkt Rohölpreise von 19 bis 30 US-Dollar je Barrel wahrscheinlich. Sollten die Ressourcen von konventionellem Öl außerhalb der OPEC so knapp sein, dass dort die Ölgewinnung künftig nur noch wenig gesteigert werden kann, dann sind deutlich höhere Rohölpreise möglich. Der für diesen Fall hier zugrunde gelegte Schätzansatz repräsentiert allerdings eine äußerst pessimistische Einschätzung der Verfügbarkeit von Ölressourcen. Insgesamt sprechen die Ergebnisse der Modellrechnungen eher dafür, dass die Rohölpreise bis zum Jahr 2020 vorwiegend in einer Spanne von 19 bis 30 US-Dollar je Barrel liegen werden.

vieweg Verlag
<http://www.zeitschrift-fuer-energiewirtschaft.de/>

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dieter Teichmann

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

Jahrgang Euro 108,-/sFR 182,-
Einzelnnummer Euro 10,-/sFR 18,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

**Einer Teilaufgabe ist ein
Prospekt beigelegt.**